

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Rolf Schwanitz,
Jelena Hoffmann (Chemnitz), Hans-Joachim Hacker, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/3625 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Bergrechts
nach der deutschen Einheit**

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Vera Lengsfeld
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3489 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der fortgeltenden Rechtsvorschriften
des Berggesetzes der Deutschen Demokratischen Republik**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Bleser, Dr. Susanne Tiemann,
Christian Lenzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Jürgen Türk, Paul K. Friedhoff, Ulrich Heinrich,
Günther Bredehorn und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/2359 –**

Anpassung des Bergrechts

**zu dem Antrag der Abgeordneten Vera Lengsfeld und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/787 –**

Neuregelung des Bundesbergrechtes

A. Problem

Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen in den alten und neuen Bundesländern.

B. Lösung

Die Vorlagen für erledigt zu erklären.

Einvernehmlichkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Vorlagen – Drucksachen 13/3625, 13/3489, 13/2359 und 13/787 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 6. März 1996

Der Wirtschaftsausschuß

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Ulrich Petzold
Berichterstatter

Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Ulrich Petzold und Jelena Hoffmann (Chemnitz)

I.

Die Gesetzentwürfe der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Februar 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/2359 – wurde in der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1995, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der 28. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. März 1995 an die oben genannten Ausschüsse überwiesen.

II.

Der Rechtsausschuß, der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Ausschuß für

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben in ihren Sitzungen am 6. März 1996 empfohlen, die Vorlagen für erledigt zu erklären.

III.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlagen mehrfach, zuletzt am 6. März 1996, beraten. Am 4. Dezember 1995 führte er eine öffentliche Anhörung mit insgesamt 14 Sachverständigen durch.

Die Mitglieder der im Ausschuß vertretenen Fraktionen begrüßten einvernehmlich, daß es gelungen sei, einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorzulegen. Die aus früherer Zeit stammenden Vorlagen seien deshalb zeitlich überholt.

Der Ausschuß beschloß einvernehmlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, die Gesetzentwürfe – Drucksachen 13/3625, 13/3489 – und die Anträge – Drucksachen 13/2359, 13/787 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 6. März 1996

Ulrich Petzold
Berichterstatter

Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Berichterstatlerin

